

## Wie Zürich wachsen soll

Von **Hélène Arnet**. Aktualisiert um 14:43 **4 Kommentare**

**In einer Sondersession entscheidet der Kantonsrat, wie Zürich gestaltet wird. Zum Start zeichnet sich ab, wohin es gehen soll – und welcher Volksentscheid eine gewichtige Rolle spielt.**



Zersiedelung soll gestoppt werden: Häuser in Kleinandelfingen.

Bild: Keystone

### Artikel zum Thema

**350 Anträge zum neuen Richtplan**

**Tausende gegen den kantonalen Richtplan**

**Hochhäuser provozieren**

**Was nicht passt, wird passend gemacht**

**Richtplan-Revision «Flughafen»:**

**Zweifel an Ziel Rechtssicherheit**

Teilen und kommentieren

Die Redaktion auf Twitter

Die Kulturlandinitiative zeigt Wirkung: Der Richtplan, der diese Woche im Zürcher Kantonsrat beraten wird, lässt nur noch ausnahmsweise neue Bauzonen zu. Und hinter diesen Grundsatz stellten sich heute Morgen in der ersten Sitzung dieser Sondersession sämtliche Parteien. Der Kanton soll in den Stadtlandschaften und in den urbanen Wohnlandschaften nach innen wachsen.

Doch auch wenn der Rat sich in den grossen Zügen einig ist, zeigte sich bereits in der ersten Sitzung, dass der Teufel im Detail sitzt. So liegen alleine aus der Kommissionsarbeit 231 Anträge vor, von denen in der heutigen Morgensitzung

Stets informiert und aktuell. Folgen Sie uns auf dem Kurznachrichtendienst.

#### Stichworte

**Zürcher Kantonsrat**  
**Raumplanung**

**Etwas gesehen, etwas geschehen?**



Haben Sie etwas Aussergewöhnliches gesehen, fotografiert oder gefilmt? Ist Ihnen etwas bekannt, das die Leserinnen und Leser von Tagesanzeiger.ch/Newsnet wissen sollten?

Senden Sie uns Ihr Bild, Ihr Video, Ihre Information per MMS an **4488** (CHF 0.70 pro MMS).



Die Publikation eines exklusiven Leserreporter-Inhalts mit hohem Nachrichtenwert honoriert die Redaktion mit **50 Franken. Mehr...**

lediglich sieben erledigt wurden.

Ratspräsident Bruno Walliser (SVP, Volketswil) verabschiedete denn auch die Ratsmitglieder mit der Bemerkung in die Mittagspause, dass es insgesamt 28 Sitzungen bräuchte, falls die Debatte in dem Tempo fortschreite.

#### «Bürgerliche sprechen mit einer Stimme»

Bereits nach den ersten Abstimmungen zeichnet sich ab, dass die Bürgerlichen nur wenige Änderungen an dem vom Regierungsrat vorgelegten Text zulassen werden. Der Grund: Sie haben sich schon in den vorberatenden Kommissionen durchgesetzt. Zudem haben SVP, FDP, CVP, BDP und EDU die Linie geschlossen. Sie gehen dabei so weit, dass sich in der Regel nur ein Sprecher oder eine Sprecherin des ganzen Blocks zu Wort meldet.

Martin Geilinger (Grüne, Winterthur) interpretiert dieses Verhalten als Diskussionsverweigerung. «Es ist schade, dass über so wichtige Themen keine öffentliche Debatte stattfindet.» Hans-Heinrich Heusser (SVP, Seegräben) erwidert darauf, dass sein Bedarf «an endlos langen Debatten» nach den Kommissionssitzungen gedeckt sei.

Die beiden vorberatenden Kommissionen, die Kommission für Planung und Bau (KPB) und die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU), haben während eineinhalb Jahren im Wochentakt über die Vorlage beraten. «Damit sind von der Arbeitsbelastung her die Grenzen von dem erreicht, was ein Milizparlament leisten kann», sagte KPB-Präsidentn Pierre Dalcher (SVP, Schlieren)

#### Tragbarer Kompromiss

Als erstes stand das übergordnete Kapitel Raumplanungskonzept (ROK) an, in dem die Leitlinien formuliert sind. Baudirektor Markus Kägi (SVP) bezeichnete das ROK als Wegweiser, wohin die Reise gehen soll. «Wir können und wollen die Eigendynamik nicht bremsen, aber steuern.»

Links und Rechts sprachen von einem tragbaren Kompromiss. Der SVP geht der Naturschutz auf Kosten der Landwirtschaft und Wirtschaft zu weit, der SP gehen die Bestimmungen für Wirtschaft und Individualverkehr zu stark auf Kosten der Umwelt und Lebensqualität.

Allein 89 der 231 Minderheitsanträge betreffen das Kapitel Verkehr. Sie werden grossmehrheitlich von der link-grünen Seite gestellt. Und sie werden eben so grossmehrheitlich keine Mehrheit finden. Ihre Anträge werden jeweils im ungefähren Stimmenverhältnis von 95 Nein- zu 75 Ja-Stimmen scheitern,

wobei die Grünliberalen in dieser Debatte verlässliche Partner der SP und Grünen sind. Die EVP stimmt gelegentlich mit den Bürgerlichen.

### **Links-Grün schaut meist ein**

In einem Minderheitsantrag fordern SP, Grüne und GLP, dass achtzig Prozent des Verkehrszuwachses vom öffentlichen Verkehr aufgefangen werden soll. In der Vorlage des Regierungsrates ist von mindestens der Hälfte die Rede. Und dies sei schon ein ehrgeiziges Ziel, fand Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon). Der Antrag wurde mit 90 zu 76 Stimmen abgelehnt. Die EVP wollte wenigstens auf sechzig Prozent erhöhen, blieb damit aber allein.

Weitere Anträge von Links-Grün scheiterten: So die Zusätze, dass der Zuwachs des Flächenverbrauchs pro Kopf mit geeigneten Massnahmen gebremst werden soll. Oder dass es Ziel sein müsse, den ökologischen Fussabdruck zu reduzieren. Die Gegner argumentierten jeweils weniger auf der Inhaltsebene. Solche Aussagen seien in einem Richtplan überflüssig oder fehl am Platz.

Am Schluss, das lässt sich jetzt schon sagen, wird der Richtplan, wie er derzeit vorliegt, mit einigen wenigen Änderungen genehmigt werden. Er wird für die nächsten Jahre die Grundhaltung von Regierung und Kantonsrat zur Entwicklung des Kantons aufzeigen. Hat der Bund ihn genehmigen, verfügt Zürich, als erster Kanton überhaupt, über einen Richtplan, der dem neuen nationalen Raumplanungsgesetz entspricht.

([Tagesanzeiger.ch/Newsnet](http://Tagesanzeiger.ch/Newsnet))

Erstellt: 10.03.2014, 14:27 Uhr

[Alle Kommentare anzeigen](#)